

Mündliche Anfragen

zur 32. Fragestunde

in der 123. Plenarsitzung vom 25. Juni 2020

1. Anfrage der Abg.
Dr. Christina Baum AfD

Eingang: 03. 06. 2020

Zuverlässigkeit der SARS-CoV-2-Tests im Hinblick auf die Fehlerquote (Falsch-Positiv-Rate) der verwendeten PCR-Tests

- a) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu falsch positiven Ergebnissen der PCR-Tests vor?
- b) Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse der virologischen Ringversuche des INSTAND e. V. mit Blick auf Baden-Württemberg, laut denen die Fehlerquote bei 1,4 % liegt und damit auf 100 000 durchgeführte Tests durchschnittlich mindestens 1 400 Menschen fälschlich als „Corona-Infizierte“ ausgewiesen werden?

2. Anfrage des Abg.
Dr. Boris Weirauch SPD

Eingang: 03. 06. 2020

Flächendeckende Ausstattung mit sogenannten VPN-Token im Justizdienst des Landes

- a) In welchem Umfang wurde die Justiz des Landes, insbesondere die Richterinnen und Richter sowie die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, bislang mit sogenannten VPN-Token ausgestattet?
- b) Welche Planungen gibt es, die über Frage a hinausgehende und auch im Hinblick auf die Einführung der E-Akte weitere benötigte und flächendeckende Ausstattung der Justiz des Landes, insbesondere der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, mit sogenannten VPN-Token unter Berücksichtigung der aktuellen Lage gegebenenfalls vorzuziehen?

3. Anfrage des Abg.
Jonas Weber SPD

Eingang: 09. 06. 2020

Dienstausweise in Scheckkartenformat für Bedienstete im Justizbereich

- a) Welche Fortschritte gibt es bei der Ausstattung von Bediensteten im Justizbereich mit Dienstausweisen in Scheckkartenformat seit der Auskunft des Justizministers auf die Mündliche Anfrage des Abg. Jonas Weber SPD in der Plenarsitzung am 6. Februar 2020 (Landtagsdrucksache 16/7465 Ziffer 9, Plenarprotokoll vom 6. Februar 2020, Seite 6899 f.)?
- a) Bis wann können die Bediensteten im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums mit der Ausstellung von Dienstausweisen in Scheckkartenformat rechnen?

4. Anfrage des Abg.
Stephen Brauer FDP/DVP
Eingang: 16. 06. 2020
- Personalstärke des Polizeipostens Gaildorf**
- a) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über das insbesondere in letzter Zeit im Bereich des Gaildorfer Polizeipostens vermehrt durchgeführte sogenannte Autoposing (siehe hierzu „Gaildorfer Rundschau“ vom 15. Juni) und die Fortschritte bei der Aufklärung durch die Ordnungskräfte vor?
- b) Welche Diskrepanz bestand innerhalb des letzten halben Jahres zwischen der Sollstärke und der Istbesetzung des Polizeipostens Gaildorf unter Berücksichtigung von krankheitsbedingten Ausfällen, sich im Mutterschutz befindlichen Beamtinnen sowie sich in Aus- und Weiterbildung befindlichem Personal?
5. Anfrage des Abg.
Stephen Brauer FDP/DVP
Eingang: 16. 06. 2020
- Häusliche Quarantäne bei Lehrkräften im Zusammenhang mit privaten Auslandsaufenthalten trotz Reisewarnungen**
- a) Hat die Landesregierung die Lehrkräfte über die einschlägigen Quarantäneregelungen informiert, welche im Zusammenhang mit privaten Reisen ins Ausland im Anschluss an die Rückkehr nach Baden-Württemberg gelten?
- b) Ist ihr bekannt, ob sich derzeit im Landkreis Schwäbisch Hall Lehrkräfte in häuslicher Quarantäne befinden, weil sie sich während der Pfingstferien im Ausland aufgehalten haben?
6. Anfrage der Abg.
Doris Senger AfD
Eingang: 16. 06. 2020
- Implementierung der Ergebnisse aus dem Förderprogramm „Digital Innovations for Smart Teaching – Better Learning“**
- a) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung vor, inwieweit die Ergebnisse aus den in den Jahren 2016 bis 2019 geförderten Projekten aus dem Förderprogramm „Digital Innovations for Smart Teaching – Better Learning“ im Lehralltag der Hochschulen umgesetzt werden?
- b) Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung im digitalen Zeitalter in Anbetracht der noch offenen rechtlichen Fragen, damit die Lehrenden die Zurückhaltung gegenüber neuen Technologien aufgeben?
7. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP
Eingang: 17. 06. 2020
- Auswirkungen der Sperrung der Schnellfahrstrecke Mannheim–Stuttgart auf die Residenz- und die Westbahn und Entschädigungen für Schlechtleistungen im Enzkreis**
- a) Welche konkreten Auswirkungen hinsichtlich der Fahrzeiten, Pünktlichkeiten und Anslusserreichbarkeiten sind durch die (umgeleiteten) Fernzüge der Deutschen Bahn aufgrund der Sperrung der Schnellfahrstrecke Mannheim–Stuttgart infolge des Vorrangs des Fernverkehrs gegenüber dem Nahverkehr (IRE, RE, RB) auf der Residenz- und der Westbahn im Enzkreis eingetreten – Stichwort „Einschleifen“?
- b) Mit wie vielen Anträgen auf Entschädigung für die Schlechtleistungen während der ersten Monate nach dem Betreiberwechsel im Jahr 2019 und welchen damit einhergehenden Kosten rechnet die Landesregierung im Einzugsbereich von Residenz- und Westbahn im Enzkreis?

8. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP

Eingang: 18. 06. 2020

Chancen auf schnell zur Verfügung stehende medizinische Produkte zur Bekämpfung von Covid-19 durch beschleunigte Zulassungsverfahren für Medikamente, In-vitro-Diagnostika und Medizinprodukte weiterverfolgen

- a) Inwiefern sind der Landesregierung Informationen bekannt, laut denen die aufgrund der Coronapandemie ermöglichten beschleunigten Zulassungsverfahren für Medikamente, In-vitro-Diagnostika und Medizinprodukte kurzfristig zumindest teilweise zurückgenommen werden sollen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass dies viele Unternehmen aus den zugehörigen Branchen mit ihren in Rekordzeit entwickelten Produkten vor große Probleme stellen würde?
- b) Inwiefern wird die Landesregierung, beispielsweise in Person von Herrn Gesundheitsminister Lucha, bei der Bundesregierung darauf drängen, dass die dringend benötigten beschleunigten Zulassungsverfahren mindestens bis zum Ende der Coronapandemie gelten werden, sodass beispielsweise durch die baldige und kurzfristige Verfügbarkeit von Schnelltests zukünftige Infektionseindämmungsmaßnahmen im Gesundheits- und Pflegebereich, aber auch bei potenziellen größeren Superspreadern deutlich schneller und lokal eingrenzter und somit auch mit potenziell größerer Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung verhängt werden können – Stichwort: Durchführung eines Schnelltests vor Betreten eines Altenheims?

9. Anfrage der Abg.
Gabriele Reich-Gutjahr
FDP/DVP

Eingang: 22. 06. 2020

Coronabedingte Absagen von verkaufsoffenen Sonntagen

- a) Wie viele verkaufsoffene Sonntage, die durch besondere Anlässe wie beispielsweise Feste, Märkte oder Messen gemäß § 8 Absatz 1 des Gesetzes über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg (LadÖG) begründet waren, konnten aufgrund von coronabedingten Absagen der zugrunde liegenden Anlässe bis zum 30. Juni 2020 nicht stattfinden?
- b) Wie viele verkaufsoffene Sonntage, die durch besondere Anlässe wie beispielsweise Feste, Märkte oder Messen gemäß § 8 Absatz 1 LadÖG begründet werden, werden aller Voraussicht nach vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020 nicht stattfinden können, da die besonderen Anlässe coronabedingt nicht durchgeführt werden können bzw. dürfen?